

Vogt fordert mehr Unterstützung für das UKSH: Landesregierung in der Pflicht

FDP-Chef Vogt fordert vom Land Antworten zur schwierigen Situation am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) und kritisiert die Untätigkeit der Regierung.

Hamburg & Schleswig-Holstein Vogt fordert politische Initiative zur Unterstützung des Uniklinikums

12.08.2024, 06:05 Uhr

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins steht unter Druck, als kritische Stimmen zum Zustand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) laut werden. Die aktuelle Situation des Klinikums beleuchtet ein dringendes Problem in der medizinischen Versorgung im Bundesland.

Dringender Handlungsbedarf für die medizinische Versorgung

Christopher Vogt, der Fraktionschef der FDP im Landtag, hat die Verantwortung der Landesregierung betont und fordert eine stärker engagierte Reaktion auf die Missstände im UKSH. „Wir müssen klären, wie die Zukunft des Klinikums aussieht, insbesondere im Hinblick auf die medizinische Versorgung und die finanzielle Stabilität“, erklärte Vogt. Er kritisierte, dass die

Landesregierung bisher wenig Initiative gezeigt habe, während das Thema von der Öffentlichkeit zunehmend diskutiert werde.

Kritik durch den Landesrechnungshof

Der Landesrechnungshof hat alarmierende Zahlen veröffentlicht und bescheinigt dem UKSH einen beträchtlichen finanziellen Druck. Aktuell wird mit Investitionskosten von mindestens 3,7 Milliarden Euro bis zum Jahr 2044 gerechnet, was sich stark von den ursprünglich genannten 1,7 Milliarden Euro bei Vertragsabschluss 2014 unterscheidet. Aufgrund der hohen Schulden und der Zinslast, die das Klinikum trägt, wird die finanzielle Lage zunehmend prekärer. Die Klinik ist dabei, einen hohen Anteil der Kosten über Darlehen zu finanzieren, was langfristig nicht tragbar ist.

Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pflegepersonal

Inmitten dieser Herausforderungen hat die Ärztekammer die aktuelle Situation im UKSH kritisiert. Der Präsident der Ärztekammer, Henrik Herrmann, äußerte sich besorgt über die Tatsache, dass Narkoseärzte in den Operationssälen Pflegeaufgaben übernehmen müssen. Er wertete dies als ein Zeichen der Solidarität, warnte jedoch davor, dass solch eine Praxis nicht zur Normalität werden dürfe. Die enge Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Pflegepersonal ist zwar von Bedeutung, muss jedoch in einem angemessenen Rahmen stattfinden.

Zukunft des UKSH und politische Verantwortung

Die Situation des UKSH wirft Fragen zur zukünftigen Finanzierung und Organisation der medizinischen Versorgung in Schleswig-Holstein auf. Vogt fordert, dass sich die Regierung intensiver mit diesem Thema auseinandersetzt und notwendige

Lösungen präsentiert. Die geplanten Reformen im Krankenhaussektor könnten helfen, doch die unmittelbaren Herausforderungen erfordern schnelles Handeln seitens der Politik.

Insgesamt ist die Lage des UKSH nicht nur eine Herausforderung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch ein zentrales Anliegen für die gesamte Bevölkerung Schleswig-Holsteins, die auf eine verlässliche medizinische Versorgung angewiesen ist.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de